

Die Ereignisse im Februar/März 1848 schienen der Nationalbewegung recht zu geben. Als im Februar 1848 Revolutionäre die Monarchie in Paris stürzten und die Republik proklamierten, schwappten die Unruhen schnell nach Deutschland über. Von Süddeutschland ausgehend, kam es zu massenhaften, teilweise gewaltsamen Protesten gegen das alte Regime. Während einige Monarchen zur Rettung ihrer Herrschaft freiwillig die «Märzforderungen» – Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Geschworenengerichte, Auflösung stehender Heere zugunsten einer allgemeinen Volksbewaffnung und, soweit noch nicht geschehen, die Einführung von Verfassungen – erfüllten und liberale «Märzministerien» ernannten, kam es vor allem in Berlin und Wien zu blutigen Kämpfen. Aber auch dort setzten sich die Revolutionäre durch. Entscheidend für diesen Erfolg der revolutionären Bewegung war deren Breite: Studenten, Angehörige des Bildungs- und des Besitzbürgertums, Arbeiter, Handwerker und Bauern gingen dieses Mal gemeinsam auf die Straße und verliehen damit dem Protest gegen die bestehende Ordnung trotz unterschiedlicher Ziele im Einzelnen eine ungeheure Durchschlagskraft.

**Einheit und Freiheit von unten?** Symbolisch bedeutsam für den Erfolg der Revolution war der Einzug der über 585 in freien, gleichen und indirekten Wahlen gewählten Abgeordneten in die Frankfurter Paulskirche am 18. Mai. Sie sollten eine Verfassung für ganz Deutschland ausarbeiten und damit zugleich ein gemeinsames «Dach» für den ersehnten einheitlichen Nationalstaat schaffen.

Die Aufgaben, die die versammelten Abgeordneten zu lösen hatten, waren gewaltig. Nach langen Verhandlungen einigten sich die Abgeordneten schließlich im März 1849 auf eine Verfassung für ein einiges und freies Deutschland. Erbkaiser sollte der König von Preußen werden. Anstatt eines Großdeutschlands sollte es nur ein Kleindeutschland geben, da Österreich nicht bereit war, seine nichtdeutschen Gebiete aufzugeben. Der Reichstag sollte aus zwei Kammern bestehen – einem Staatenhaus, in dem die Vertreter der Bundesstaaten saßen, und einem

Volkshaus, dessen Abgeordnete in freien, gleichen, geheimen und direkten Wahlen von allen Männern über 25 Jahren gewählt wurden. Die Macht lag dabei eindeutig beim Parlament – der Kaiser hatte nur ein aufschiebendes Veto.

Als die Abgeordneten in Frankfurt die Verfassung beschlossen und dem preußischen König die Kaiserkrone antrugen, war die Revolution freilich bereits gescheitert. In Wien wie auch in Berlin hatte inzwischen die Gegenrevolution gesiegt. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV., der sich seiner wiedererlangten Stärke bewusst war, lehnte diese Krone, der, wie er verächtlich meinte, der «Ludergeruch der Revolution» anhaftete, ab. Der Gedanke der Volkssouveränität widersprach seinen Vorstellungen vom Gottesgnadentum des Monarchen. Da die Nationalversammlung die militärische Macht der Monarchen nicht angetastet hatte und daher nicht über eigene Streitkräfte verfügte, waren die in Frankfurt verbliebenen Abgeordneten, die schließlich nach Stuttgart auswichen, machtlos. In Sachsen, in der Pfalz und in Baden schlugen preußische Truppen unter der Führung des Bruders des preußischen Königs, Prinz Wilhelm, alle Aufstände blutig nieder, die die Ziele der 1848er Bewegung doch noch verwirklichen wollten. Zahlreiche Menschen wurden zum Tode, Tausende zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Viele Tausende flüchteten zudem ins Ausland oder wanderten in die Vereinigten Staaten aus.

Ob, warum bzw. inwieweit die Revolution scheiterte, ist bis heute umstritten. Die Fülle der Probleme wie auch die unterschiedlichen Ziele der jeweiligen Trägergruppen und die langwierige Suche nach Kompromissen haben ihren Erfolg sicherlich behindert. Dennoch sollten die Erfolge nicht übersehen werden: Der Gedanke an einen einheitlichen und freiheitlichen Nationalstaat war anschließend aus dem politischen Leben der Deutschen nicht mehr wegzudenken.

**«Kleindeutschland» von oben oder «Großösterreich»?** Doch so abfällig der preußische König Friedrich Wilhelm IV. der Krone aus «Dreck und Letten» gegenüberstand; von seinesgleichen hätte er diese schon angenommen. Dies zeigt eine häufig vergessene

Station auf dem Weg zum deutschen Nationalstaat unter preußischer Führung, die «Erfurter Union», so hieß dieses Staatenbündnis nach dem Tagungsort im Erfurter Augustinerkloster. Gänzlich neu war der Gedanke, Österreich mit seinen vielen Völkern und die deutschen Staaten unter Führung Preußens in einem weiteren und engeren Bund zusammenzuschließen, nicht. Bereits Heinrich v. Gagern, 1848/49 zunächst Präsident der Nationalversammlung, dann Reichsministerpräsident, hatte diesen Vorschlag in die Diskussion eingebracht. Die Wiener Politik hatte diesen dann jedoch bald obsolet werden lassen.

Nach dem Ende der Paulskirche war es nun ein Vertrauter des preußischen Königs, der umtriebige General und konservative Politiker Joseph Maria v. Radowitz, der im Moment der Niederschlagung der Revolution preußischer Außenminister war, der diese Idee aufgriff. «Revolution nein, nationaler Verfassungsstaat ja» (Wolfram Siemann) lautete die Devise. Radowitz' Plan war, zumindest auf den ersten Blick, keineswegs unrealistisch. Auch wenn die großen Mittelstaaten – Bayern, Hannover, Sachsen und Württemberg – wie Preußen der Reichsverfassung und der Übertragung der Erbkaiserwürde an Preußen nicht zugestimmt hatten, so hatten immerhin 28 Kleinstaaten im April 1849 dieses Vorhaben ausdrücklich unterstützt. Die Basis für eine kleindeutsche Lösung der «Deutschen Frage» unter preußischer Führung war insofern auch unter den Regierenden nicht gering.

Im Gegensatz zum Gagern'schen Vorschlag sollte die Union, die Radowitz und dem preußischen König vorschwebte, jedoch einen grundlegend konservativen Charakter haben. Anfänglich sah es tatsächlich so aus, als wenn dies ein Weg für die Zukunft sein könnte. So gelang es Preußen nicht nur, zahlreiche Staaten des «Dritten Deutschland» auf seine Seite zu ziehen, sondern auch manche Liberale stellten sich auf dessen Seite und stellten bisherige Vorbehalte zurück. «Den Unterzeichneten», hieß es in einer Erklärung im Sommer 1849, «stehen die Zwecke, welche durch die Reichsverfassung vom 28. März erreicht werden sollten, höher als das starre Festhalten an der Form, unter der man dieses Ziel anstrebe.»

Letztlich scheiterte Radowitz, und mit ihm Friedrich Wilhelm IV. Ein Teil der Liberalen boykottierte diesen Versuch, durch Anpassung an die reale Lage zu retten, was zu retten war. Viel entscheidender aber war, dass Österreich unter seinem energischen General und Ministerpräsidenten Felix Fürst v. Schwarzenberg nach Niederschlagung der Revolution in Ungarn auf die deutsche «Bühne» zurückkehrte. Auf seinen Druck hin lehnten viele deutsche Staaten die inzwischen ausgearbeitete Verfassung der «Erfurter Union» ab. Zugleich legte Schwarzenberg einen eigenen Plan vor, den eines 70-Millionen-Reiches von der Nordsee bis ans Schwarze Meer. Dieser enthielt auch liberale Elemente wie eine «Nationalvertretung». Deren Abgeordnete waren jedoch nicht frei gewählt, sondern Gesandte der jeweiligen Kammern.

Eine Konfrontation war daher unvermeidlich, auch wenn Schwarzenberg versuchte, Preußen durch das Versprechen auf Machterweiterungen in Norddeutschland zu locken. Radowitz wie auch der König waren damit allerdings nicht zu gewinnen. Als Österreich daher parallel die Wiedegründung des Deutschen Bundes unter seiner Führung betrieb und von der zeitweiligen Gleichberechtigung Preußens keine Rede mehr war, hatte der preußische Unionsplan keine Zukunft mehr. Als Preußen schließlich im November 1850 glaubte, den Konflikt über die kurhessische Verfassung zur Machtprobe zwischen beiden Konzepten machen zu können, musste es am Ende eine bittere politische Niederlage einstecken. So kriegerisch der Ton in Berlin zwischenzeitlich war, angesichts der Drohungen Österreichs und seiner Verbündeten, hinter denen die Macht des Zaren, Nikolaus I., stand, schreckten die Verantwortlichen dann doch vor einem Krieg zurück. Preußen verzichtete auf seinen Führungsanspruch und stimmte zugleich der Wiederherstellung des Deutschen Bundes zu. Am Ende zeigte sich einmal mehr, dass die «Deutsche Frage», wie schon 1814/15, von den Konstellationen der Mächte nicht zu trennen war. Auch wenn sich die Westmächte zurückhielten, so schlug sich das Zarenreich auf die Seite Österreichs. Dies gab in Berlin den Ausschlag, doch keinen Krieg zu wagen.

Zu den wenigen, die anders als viele Konservative, Liberale und selbst Demokraten, die allein aus Prinzip einen Krieg forderten, einen solchen ablehnten und damit den König, der zunächst ebenfalls einen Krieg einer schmachvollen Unterwerfung vorgezogen hätte, in einer höchst misslichen Situation verteidigten, gehörte jener Mann, der ein Jahrzehnt später die Einigung des Reiches unter preußischer Führung verwirklichen sollte: Otto v. Bismarck. In einer politisch höchst bedeutsamen Rede im preußischen Abgeordnetenhaus machte er deutlich, dass er in anderen Kategorien dachte als viele seiner Zeitgenossen. In der äußerst hitzigen Debatte über die Frage von «Krieg oder Frieden» verteidigte Bismarck, der in der Revolution zu einem bedeutsamen, aber auch umstrittenen jungen Nachwuchspolitiker geworden war, die Unterwerfung der Regierung unter das als schmachvoll empfundene «Diktat von Olmütz» 1850 gegenüber jenen, die einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Russland und Österreich – zwei Großmächten – den Vorzug gegeben hätten. Kriege, die allein der «Ehre» oder irgendwelcher «Prinzipien» wegen geführt würden, seien abzulehnen. «Warum», so fragte er die Befürworter eines von den Liberalen eingebrachten Antrags, die Politik der Regierung zu missbilligen, «führen große Staaten heutzutage Krieg?», um sogleich eine, seine auch spätere grundsätzliche Haltung in dieser Hinsicht beschreibende Antwort zu geben: «Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört. [...] Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es in dem Kabinette oder in der Kammer, mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten, und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erwirbt oder nicht. Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist.»